

Erstheft täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage "Neue Welt" 10 Pf. Post-Abonnement: 2,30 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Angaben 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Einzeln in der Post-Verwaltung. Preisliste für 1892 unter Nr. 4652.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile ober dem Namen 40 Pf., für Wiederholungen 20 Pf. Inzertate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Feiertagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: August L. Nr. 4186.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2. | Freitag, den 5. August 1892. | Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Eine Organisation der Großindustrie in Oesterreich.

Unter den in der Thronrede des Kaisers von Oesterreich vom 11. April 1891 angekündigten wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gesehensvorlagen beansprucht der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Einführung von Einrichtungen zur Förderung des Einvernehmens zwischen den Gewerksunternehmern und ihren Arbeitern seitens der letzteren besonderes Interesse. Bedeutet man nämlich, daß der oberste Regierungsgrundsatz und der wichtigste Programmpunkt des Kabinetts Laaffe die "Versöhnung" ist, so begreift man, daß der zitierte Gesehentwurf nichts anderes bedeutet, als den Versuch, die "Versöhnungspolitik" vom nationalen auf das soziale Gebiet zu übertragen. Angesichts der fortschreitenden Ver-söhnung auf dem ersteren können — dachte man offenbar — auch auf dem letzteren die "Erfolge" nicht ausbleiben.

So bekamen denn die sozialpolitischen Hofräthe den Auftrag, einen Gesehentwurf zu fabrizieren, welcher den modernen Klassenkampf zur harmlosen Rederei herabdämpfen sollte.

Denn von der "thunlichsten Ausgleichung sozialer Gegensätze" fahelt der sozialpolitische Famulus des "Versöhnungs"-Ministeriums Laaffe, dessen Chef wie wenige vor ihm das Theile und Herrsche zu handhaben versteht.

Wodurch diese "sozialen Gegensätze" entstanden, wird in den "erläuternden Bemerkungen" zum Gesehentwurf im geschraubtesten Hofraths-Deutsch darzulegen versucht. "Der Uebergang von der bloßen Hände-Arbeit", heißt es da, "zu der dieselbe wesentlich (!) unterstützenden, ja vielfach (!) ersehenden Anwendung von mechanischen Hilfsmitteln hat in der Stellung der industriellen Arbeiter . . . gegenüber den Gewerksunternehmern insofern eine Verschiebung zur Folge gehabt, als an die Stelle der althergebrachten, patriarchalischen Beziehungen der den Gewerksunternehmer bei seinen gewerblichen Berichtigungen unterstützenden (!) Arbeiter zu demselben vielfach andere Verhältnisse getreten sind."

Ja, diese "Verschiebung", welche durch die Einführung der Maschine an die Produktion bewirkt wurde . . . Wenn es nur eine bloße "Verschiebung" wäre! Sie ist in Wirklichkeit eine gewaltige Umwälzung in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung, welche nicht nur "vielfach", sondern ganz "andere Verhältnisse" gezeitigt hat, Verhältnisse, die nicht bloß, wie der Motivbericht arglos meint, in "einer merkllichen Gegenüberstellung der Ansprüche der beiden Klasselemente, einem Hervorkehren der beiderseitigen Interessen und einem gewissen Gegensatz in den sozialen Verhältnissen" bestehen. . . .

Es ist klar, will nun unser sozialpolitischer Famulus sagen, daß ein Polizeisystem, wie es gegenwärtig in Oesterreich üblich, derlei auf die Dauer nicht verträgt, denn:

Der den Gewerksinhaber in seinen gewerblichen Berichtigungen unterstützende Arbeiter hat aufgehört, die sein wirtschaftliches Dasein entwurzelnde Maschine zu demolieren, er rebellirt gegen das Kapital und seine Befehle.

Und warum? Weil die "Unterstützung", die er dem Kapitalisten bei dessen "gewerblichen Berichtigungen" zu Theil werden läßt, sein Lebensmark frist, sein Familienleben zerstört, seine Existenz als Mensch vernichtet und ihn zum — Thiere? Nein! zum — Maschinenbestandtheil begräbt! Allein dieser Maschinenbestandtheil, so fest er auch in das kapitalistische Ausbeutungssystem eingeklemmt ist, er reißt sich, und unter dieser Reibung leidet die Produktion, leidet der Kapitalist — ja wohl, auch der Gewerksunternehmer. Da heißt es nun, die widerspänstigen Maschinenbestandtheile besser einzufügen und zu ölen, natürlich mit eglischen Tropfen sozialpolitischen Oeles, damit die Reibung aufhöre und "geordnete Beziehungen zwischen den beiden Faktoren der gewerblichen Produktion" eintreten. Zu diesem löblichen Zwecke soll eine die gesammte Großindustrie umfassende Organisation geschaffen werden, welche aus drei Hauptbestandtheilen zusammengesetzt ist. Diese sind: Arbeiter-ausschüsse, Zwangsgenossenschaften und Einigungsämter.

Erstere wären obligatorisch in allen Fabriksbetrieben ohne Ausnahme zu errichten. Obligatorisch deshalb, weil die Regierung so fest von der Zweckmäßigkeit ihres Vorschlages überzeugt ist, daß es eine "halbe Maßregel" wäre, wenn sie sich damit begnügen wollte, den richtigen Weg zu einer Interessen-Ausgleichung bloß anzudeuten, "es jedoch im Uebrigen den betheiligten Kreisen überläßt, ob sie diesen Weg einschlagen wollen oder nicht". Diese Festigkeit dieser Ueberzeugung hält freilich bei der Regierung nicht lange vor; kaum ist sie nämlich auf dem angegebenen Wege zu der Stelle gelangt, wo es sich um die Zusammenfassung dieser Arbeiterausschüsse handelt, so wird sie stutzig und scheu. Sie zögert, die in den verschiedenen Betrieben entstandenen Gruppen in Berufs-genossenschaften zu vereinigen und — überläßt es den "betheiligten Kreisen", den Weg weiter zu verfolgen oder auch nicht. Ebensonenig wie die Berufs-genossenschaften sollen die Einigungsämter obligatorisch sein. Und sie kalkulirt nicht ganz ohne Berechtigung, die Regierung: Wer garantiert mir, daß die von einem aus Betriebsbeamten bestehenden Offizierkorps kommandirten Arbeiterbataillone, wenn sie zu einer ganzen Armee zusammengeschweift sind, noch beherrscht werden können? Weigert sich doch dieses Offizierkorps, das Kommando über einzelne Bataillone und Kompagnien zu übernehmen! . . . In der That haben nur einige wenige Vertreter des Unternehmertums bei der jüngst stattgehabten sozialpolitischen Enquete den Muth gehabt, sich für die obligatorische Einführung von Arbeiterausschüssen auszusprechen. Um so heller stach von dieser jämmerlichen Haltung des feigen Unternehmertums die Haltung der Arbeiter ab.

Mit Ausnahme der wenigen katholischen Brüder und Gesellen erklärten die Vertreter des Klassenbewußten Proletariats mit Entschiedenheit, daß sie, zwar weit entfernt, von der an dem vorgelegten Gesehentwurf vorgezeichneten Organisation der Großindustrie für sich oder andere etwas Ersprießliches zu erwarten, doch bereit seien, den Weg, den man für so gangbar halte, zu beschreiten, wenn — und das bildete den sich immer wiederholenden Refrain ihrer Ausführungen — die ihnen entgegenstehenden Hindernisse: Beschränkung der Pressefreiheit, des Koalitions- und Versammlungsrechtes endgiltig beseitigt, wenn ihnen volle Organisations- und Agitationsfreiheit und das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht gegeben würden.

Soll der Interessengegensatz "ausgeglichen" werden, ohne daß die berechtigten Forderungen der Arbeiter unterdrückt werden, dann mühten die Arbeiter jene Rechte und Freiheiten heischen, die für sie die gleichen Chancen des Sieges schaffen wie für den Gegner. Weigert sich die Regierung, aus ihrem sozialpolitischen Zeughaus den Arbeitern dieselben Waffen und Rüstungen zu geben, wie sie der Gegner bereits seit langem besitzt, dann liefert sie damit den unumwiderrleglichen Beweis, daß es ihr mit ihrer "Sozialreform" nicht im geringsten Ernst ist, daß sie bloß die frivole "Versöhnungs"-Politik, mit der sie bisher Nationen und Konfessionen ver-hehzt, auch bei den sozialen Klassegegensätzen in Anwendung bringen will, nicht um diese zu beseitigen — das will und kann sie nicht — sondern um sie wenigstens soweit abzuschleifen, daß sie den Gang der kapitalistischen Ausbeutungsmaschinerie nicht stören und das Polizeiregiment nicht gefährden.

Schon im Reime den Klasseninstinkt auszurotten, das ist der Zweck der Arbeiterausschüsse; schon im Reime das Solidaritätsgefühl zu ersticken, der Zweck der Zwangs-Genossenschaften. Und die Einigungsämter? Sie sollen die Verkuppelung von Kapital und Arbeit vollenden.

Die Mitglieder der Arbeiterausschüsse haben nämlich die Wünsche und Beschwerden der Arbeiterschaft in Bezug auf Lohnvertrug und Arbeitsbedingungen vorzutragen, sowie die Beilegung von in dieser Hinsicht vorhandenen Meinungs-differenzen anzubahnen; überhaupt zur . . . Erhaltung des guten Einvernehmens zwischen Unternehmern und Arbeitern durch angemessene Einwirkung beizutragen.

Das Wie? ist ihre Sache und scheint freilich dem sozialpolitischen Famulus selbst ein Räthsel geblieben zu sein, sonst hätte er es doch wohl angegeben. Ebenso bleibt es sein Geheimniß, ein nicht vorhandenes Einvernehmen zu erhalten.

Außerdem kann aber dem Arbeiterausschüsse die Mitwirkung bei der Verwaltung von Wohlfahrts-einrichtungen, bei der Ueberwachung der Befolgung der Arbeitsordnung und der für Gesundheit und Sicherheit der Arbeiter getroffenen Anstalten sowie bei der Verhängung von Konventionalsstrafen übertragen"

Feuilleton.

Wachdruck verboten. | 81

Das schlagende Wetter.

Roman von Maurice Talmeyer.

Uebersetzt von B. und A. G.

Indessen ward die Kirche leer, die Nonstranz wurde aufgehoben, die Lampen verlöscht, einige Stühle kreischten noch auf den Steinplatten, so gellend wie Nachtvogel schreien, und halb knurrend, halb lauernd und in einer Stellung, in der man sie ebenso gut für eine Heilige, wie für ein Thier halten konnte, blieb die alte Frau allein in der Finsterniß zurück, wo bald, wie um zu erkennen, wer sie wäre, die Federmäuse auf ihrem Fluge an sie anstreichten.

II.

Es war des Morgens gegen neun Uhr, als Herr Dien-lafoy in den weiten, hohen Salon eintrat, der ihm als Arbeitszimmer diente, und sich an einen Schreibtisch aus Ebenholz setzte, auf dem ganze Stöße großer Quartbände aufgestapelt lagen. Fast im selben Augenblick riß der Diener, der gewöhnlich das Vorzimmer des Rathes bewachte, mit würdevoller Miene eine der beiden schwarzen Plügelthüren, die in dem geräumigen Kabinett einander gegenüberlagen, weit auf und meldete dem Richter einen Besuch. Herr Dienlafoy neigte den Kopf, erhob sich und sagte zu einem Herrn von bürgerlichem Aussehen, den der Diener hereinführte: Ich habe Sie erwartet, Herr Schöffe.

Das Aeußere des Herrn Rathes entsprach seiner Stellung. Steif, tadellos korrekt und voll Würde, ganz schwarz gekleidet, klein aber mit einem Benehmen wie ein Herrscher, war er mit seinem bleichen Gesicht und weißhaarigen Kopf gewöhnt zu imponiren.

Er bot dem Besuch durch eine Handbewegung einen Stuhl und fragte mit einer Anruhe, die durch seinen gewöhnlichen Ernst nur wenig verhält wurde:

Nun? Herr Rath, antwortete der Herr Schöffe, Sie wünschten mich zu sehen, in der Hoffnung, daß ich als sehr alter Gemeindevorsteher in Pont-sur-Sambre Ihnen mit meiner Meinung und meinen persönlichen Nachforschungen in der Angelegenheit Jan Jacquemin behilflich sein könne. Nun wohl, meine Ansicht ist die, daß Jean Jacquemin der Schuldige ist.

Herr Dienlafoy schien nachzudenken, sah den Schöffen an und sagte einfach:

Glauben Sie?

Ja, ich glaube es. Herr Schöffe, nahm der Richter wieder das Wort, indem er einen Ellbogen auf die Lehne seines Sessels stützte, ich glaube, daß ich seit einigen Tagen auf dem rechten Wege bin. In diesem Prozeß giebt es Ereignisse, die mir nur noch wie von einem durchsichtigen Schleier bedeckt scheinen. Ich werde Ihnen den Weg zeigen, auf den ich jetzt gekommen bin und Sie können mir sagen, ob ich mich irre.

Der Schöffe trat näher.

Ich stelle zuvörderst die Schuld Jacquemin's durchaus nicht in Abrede. Ich unterfuche die Angelegenheit, ich urtheile, ich thue meine Pflicht. Jacquemin war ein guter Arbeiter, bescheiden, sparsam, gehorham und wenn wir absehen von

der Jornaufwallung, die ihn bei dem Bürgermeister über-mann hat, am Tage vor dem Verbrechen, trat er stets seinen Vor-gesehen ehrerbietig entgegen. Niemand hat ihn jemals aufrührerische Reden führen hören. Seine Vor-gesehen achteten ihn ganz allgemein und endlich erstreute er sich eines recht guten Auskommens. Ich sehe keinen Beweggrund zu dem Verbrechen. Indessen muß ich Ihnen zugeben, daß es auch Thatsachen giebt, die ihn anlagern. Er hatte Ursache, gegen den Bürger-meister erbittert zu sein; ich weiß nicht, wo er die vierund-zwanzig Stunden, die dem Verbrechen vorangegangen sind, zugebracht hat; man findet seine Spur nicht weiter, als bis nach Charleroi, und der Bahnwärter, der ihn an dem Abend auf der großen Straße bei Einbruch der Nacht erkannt haben will, hat erklärt, daß es ihm so vor-gelommen sei, als wenn er aus Furcht, zu so später Stunde in dieser Gegend gesehen zu werden, Zerschossen sei; fer hat hinzugefügt, daß Jacquemin, der in der Richtung auf Charleroi zu ging, abgelehnt habe, mit ihm einen Schoppen zu trinken und schon ein sonderbares Aus-sehen gehabt habe. Endlich hat man es sich noch nicht erklären können, warum Jacquemin dem Posten nicht von dem Schreien, das er im Walde gehört hatte, Meldung gemacht hat.

Im ganzen genommen ist jedoch meine Meinung die, daß die Schuld Jacquemin's ebenso wahrscheinlich wie un-wahrscheinlich ist; wahrscheinlich durch die Thatsachen, un-wahrscheinlich, weil ihr ein ausreichender Beweggrund fehlt, zumal wenn man das sittliche Verhalten, den Geistes-zustand und die Lebenslage des Angeklagten berücksichtigt.

Und das Beständige? wandte der Schöffe ein. Ich komme sofort dazu, antwortete der Richter schnell, und Sie werden wahrnehmen, daß die neuere Hypothese, die

werden. Die Absicht, die dieser Bestimmung zu Grunde liegt, ist klar: die Mitglieder der Arbeiterausschüsse sollen zu Fabrikpolitikern degradiert werden, welche die extremen Forderungen Einzelner zurückdrängen und gleichzeitig die Auffassungsbildung bilden, vermittelt welcher die Blizgefahr vom Unternehmer abgewendet wird.

Ungefähr dieselbe Aufgabe obliegt den Genossenschaften. Sie sollen die Gelegenheit bieten, — natürlich im Rahmen der bestehenden Gesetze — ihre wirtschaftlichen Interessen, soweit sie mit dem Gegenstand ihrer gewerblichen Tätigkeit in Zusammenhang stehen, zu erörtern, einschlägige Wünsche und Beschwerden in Berathung ziehen und hierbei über ihre Haltung zu den in den betreffenden Fragen von der anderen Genossenschaft gefassten Beschlüssen sich zu entscheiden.

Die „andere“ Genossenschaft ist die der Unternehmer, welche allein das Recht hat, Beschlüsse zu fassen, die dann von der Genossenschaft der Arbeiter akzeptiert werden sollen. Diese selbst hat bloß zu „erörtern“ und „in Berathung zu ziehen“.

Das sind die „Rechte“ und „Befugnisse“ der 1. und 2. Gewerkschaften, welche die Schlaubheit unserer sozialpolitischen Hofräthe erformen hat. Der Arbeiterausschuss — eine Polizeibrigade für die Fabrik, die Genossenschaft — ein Polizeiregiment für das ganze Territorium; beide der trennende Keil, welcher die Arbeiterchaft auseinanderreiben soll.

Wenn trotz dieses sinnreichen Polizei-Apparates das „vorhandene Einvernehmen“ nicht aufrecht zu erhalten ist, dann hat das zur Hälfte aus Gewerksunternehmern, zur anderen Hälfte aus Arbeitern, im Ganzen aus 8, höchstens 12 Personen bestehende Einigungsamt einzugreifen, dessen Tätigkeit erst dann aufhört, wenn eine Einigung „erzielt“ oder die Unthunlichkeit einer solchen konstatiert wurde. Im letzteren Falle hat das Einigungsamt einen „Schiedspruch“ abzugeben.

Diese grundsätzlichen Bestimmungen des vom dumpfsten Polizeigeiste erfüllten Gesetzentwurfes werden von zahlreichen Klauseln und Ausnahmen durchsetzt, welche allen legislativischen Nachwerken der österreichischen Regierung eigenthümlich sind und den bornirtesten Kastengeist athmen. Uebrigens hört man aus diesem jüngsten sozialpolitischen Sprößling österreichischer Regierungsweisheit die asthmatischen Geräusche deutlich heraus. Noch eine kleine Anstrengung und — es ist zu Ende. In die Ohren des halbtothen Polizeistaates aber werden die österreichischen Arbeiter ihren alten Ruf ertönen lassen: Pressfreiheit, Vereins- und Versammlungsrecht und — allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. August.

Eine Abwehr. Graf Caprivi benutzt zur Abwechslung wieder einmal den berüchtigten Pindler, um sich die Schuhe von dem Staub reinigen zu lassen, den etwelche Bismarckische Zeitungsjungen gegen ihn aufgewirbelt haben. Der Ton seiner Darlegungen ist um eine Nuance zu elegisch, im Uebrigen aber lauten sie bestimmt genug. In der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ (Nr. 359 vom 4. August) heißt es: „Es scheint sich in Bezug auf die Angriffe gegen den Reichskanzler Grafen von Caprivi eine gewisse Methode herauszubilden. Zunächst macht man ihm einen völlig unbegründeten Vorwurf. Die mittelparteiliche Presse bezieht sich nicht gerade, ihn dagegen in Schutz zu nehmen. Tritt aber dann ein Blatt, das zur Rechten oder gar zum Centrum gehört, für den Angegriffenen ein, so heißt es: da feht Ihr, daß der Mann Nichts taugt, fort mit Caprivi! Eine hervorragende Leistung in dieser Beziehung brachte, wie schon an anderer Stelle erwähnt, vor einiger Zeit das von derjenigen Partei, die es zu vertreten vorgiebt, bereits öfter verleugnete „Deutsche Wochenblatt“. Wir würden davon keine Notiz genommen haben, wenn nicht selbst ein so angesehenes Blatt, wie der „Hamburgische Korrespondent“, sich dadurch beunruhigt gezeigt hätte. Die von jenem Wochenblatte verwerthete Erzählung ging dahin, es habe, als nach Zurückziehung des

Volkschul-Gesetzes das Centrum einige Kriegsschiffe nicht bewilligte, der Papst Herrn v. Schöller kommen lassen, um ihm sein Bedauern über diese Abstimmung, des Centrum's auszudrücken und ihm zu sagen, er lege den größten Werth darauf, daß Graf Caprivi im Amte bleibe. Das „Deutsche Wochenblatt“ folgert hieraus, daß Graf Caprivi mehr noch der Vertrauensmann Roms als des Centrum's sei, und deutet an, daß er das Demüthigende, was hierin läge, nicht zu empfinden scheine. Wir sind berechtigt, zu konstatieren, daß an dieser ganzen Geschichte kein wahres Wort ist und hoffen damit dem „Deutschen Wochenblatt“ das Gefühl patriotischer Demüthigung, das ihm seine allzu lebhaftige Phantasie zugezogen hatte, abgenommen zu haben.“ Wäre die Abwehr gegen den gewerkschaftlichen, von seinen wirklich einflussreichen Parteigenossen auch diesmal verleugneten freikonservativen Landboten Dr. Arendt gerichtet, so erschiene sie bei der Bedeutungslosigkeit dieses geschwägigen Sendboten der Doppelwährung als eine Kanonade gegen Spanien. Jedoch es ist wohl bekannt, daß das „Deutsche Wochenblatt“ in die Hände einer Persönlichkeit gelangt, deren Urtheil für den Kanzler entscheidend ist. Der Herausgeber des „Deutschen Wochenblatts“ hat ja gutem Vernehmen nach einmal geäußert, wie hoch die Zahl seiner Abonnenten, das sei ihm gleichgültig, wofür er nur Einen Leser behalte. Und für diesen Einen Leser hat der Schuppuker der „Norddeutschen“ soeben seine Bürste gehandhabt. Ob nun Graf Waldersee oder Bismarck hinter den Koulissen des „Deutschen Wochenblatts“ als Drahtzieher wirken, ob der nach Hamburg ver setzte frühere Generalstabschef oder der fortgejagte Kanzler Caprivi beseitigen will, um eine sicher trügerische Hoffnung, selbst in den Sattel zu kommen, darüber mögen die laudigen Thebaner der Bourgeoispresse sich den Kopf zerbrechen. Für uns sind die höfischen Zettelungen nur anziehend als Kennzeichen der Zerrüttung.

Zum Schienenficker-Prozess. Sämmtliche Angeklagte im Bochumer Stempelprozess sind, wie unsere Leser bereits wissen, freigesprochen worden, und wie wir es vorausgesagt, schneidet die Schienenficker-Presse von Essen bis Berlin über dies Urtheil ihre tollsten Kapriolen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, die telephonischen Anrufschluß nicht bloß mit dem Reichskanzleramt, sondern auch mit dem Bureau des Zentralverbandes deutscher Industriellen in der Charlottenstraße sucht und findet, ist außer sich vor Freude so gut wie die „National-Zeitung“, das Berliner „Gründer-“ und „Schlotjunferblatt“. In dem weiland Organe des Dr. Schweiger-Schweiger, dessen Geist noch umgeht, sind die literarischen Kommiss der rheinisch-westfälischen Hüttenbarone aus Rand und Band gerathen. Sie sind so schamlos, einen Baare und einen Waldeck in Einem Athem zu nennen und das bekannte Wort aus dem Waldeck-Prozesse von dem „Bubenstück“, erfunden, um einen Mann zu verderben“, auf Baare, den nichtangeklagten Hauptangeklagten des Essener Prozesses anzuwenden. Gegenüber solcher Unverschämtheit ist die beste Antwort ein anderes Zitat aus dem Prozess Waldeck, das brave Wort, das der wackere Gerichtspräsident Taddel dem frechen Polizeigewaltigen von Hindelbey zurief: „Das schickt sich nicht!“ In der That, Herr Köbner, das schickt sich nicht! Sicher ist, daß das Unternehmen des Herrn Baare aus dem Fegesener der Verhandlungen, sagen wir, angefangt herauskommt, daß der Sieg der Herren ein Pyrrhusieg ist. Dem gerichtlich nachgewiesen wird, daß er Stempel gefälscht, daß falsch gestempelte Schienen unter gute gemischt worden sind, der hat wahrlich Grund, mit seiner Unschuld zu prahlen. Daß die Unternehmerorgane trotzdem mit dem freisprechenden Wahrspruch led und verlorren krebzen, ist eine Eigenart dieses Zeitungsgezwitters, die Niemanden wundert. Ueber den Prozess selbst werden wir, sobald ausführlichere Berichte über die Urtheilsbegründung vorliegen, eingehender uns anzusprechen haben.

Ein Wink für die Schienenficker. Um sich gegen die Pressereien braver Unternehmer zu schützen, hat das preussische Eisenbahn-Ministerium ein Eisenbahn-Abnahme-Amt errichtet, das am 1. Oktober in Essen seine Wirksamkeit beginnen wird. In dem Erlasse des Herrn Thielen heißt es:

„Das Amt ist der Eisenbahn-Direktion (rechtsrheinisch) in Köln disziplinarisch unterstellt, jedoch in Angelegenheit seines Geschäftsbereiches als Dienststelle sämmtlicher Eisenbahn-Direk-

fuhr er fort, während Tonbeau zu gestehen und seine Schuld uns Allen wahrscheinlich schien, so daß ich bereits die Untersuchung schließen und ihn an das Schwurgericht verweisen wollte, da tritt plötzlich Jacquemin bei mir ein und gestand, daß er der Mörder sei. Er rettete so zum zweiten Mal das Leben dieses armen Teufels, wie er es schon einmal gerettet und das er ihm erhalten hatte. Sagt Ihnen das Alles nichts, Herr Schöffe?

Das ist sehr sonderbar.

Geißig, aber das ist nicht Alles.

Nach einer Pause fuhr Herr Dienlafon fort:

Vor langer Zeit gab es in Pont-sur-Sambre, wie Sie wohl wissen, eine entsetzliche Katastrophe. Eine Explosion schlagender Wetter verursachte den Einsturz einer Gallerie, in welcher eine Anzahl Bergleute arbeiteten. Die Grube schloß sich über ihnen, und sie waren begraben und liegen heute noch dort, wo sie getödtet wurden. Man sagte, es seien fünf gewesen.

Fünf, wiederholte der Schöffe, in der That.

Sie sind aus dem Lande, Sie wissen von dieser Katastrophe. Sie erinnern sich auch an das, was man sich zu damaliger Zeit erzählte: In jenes Mädchen, welches aussagte, daß sie von einem Grubenarbeiter vergewaltigt worden sei, an den Kampf, welchen sie zu bestehen hatte, an die Lampe, von der sie in ihrem Fieber sprach, und die der Bergmann durch einen Fuftritt zertrümmert haben sollte u. s. w.; das Mädchen wurde wahnsinnig und neun Monate später wurde sie Mutter; ihr Kind wuchs heran und ist der Schleppe, der den Namen Tonbeau führt. Sie erinnern sich außerdem an jenen Uebelthäter, den man nicht wieder fand, und den man mit Grund, ich räume es ein, unter den fünf Bergleuten vermuthet, die noch unter der Erde verschüttet liegen — — — Nun wohl, wenn nun dieser Bergmann nicht todt wäre? Das ist nach Allem, was wir wissen, doch möglich. Er war damals zwanzig Jahre alt; Jean Jacquemin hatte dasselbe Alter. Wenn er nun verschwunden wäre und seinen Namen gewechselt hätte? Vor diesen fünfundsiebenzig Jahren stößt man irgend auf eine Spur des Namens Jean Jacquemin. Er giebt sich für ein Findelkind aus und will nicht wissen,

tionen und Eisenbahn-Betriebsämter anzusehen. Dem Abnahme-Amt fallen innerhalb seines Geschäftsbezirk folgende Obliegenheiten zu: 1. Die Ueberwachung der Anfertigung und die Abnahme von Schienen, eisernen Schwellen, Kleinseisenzeug, Achsen und Nadeln u. s. w., sowie die Güteprüfung dieser Gegenstände im Bereich der königlich preussischen Staats-Eisenbahn-Verwaltung, 2. Herbeiführung und Sicherung einer gleichmäßigen Handhabung der Abnahme-Geschäfte nach übereinstimmenden Grundfäden, 3. Ausbildung der überwiesenen Abnahmebeamten, 4. Sammlung der Ergebnisse der vorgenommenen Güteproben, 5. Beobachtung der neuesten Erscheinungen und Fortschritte auf dem Gebiete der Eisenindustrie, und Sammlung der bei den Abnahmen gemachten Erfahrungen, behufs ihrer Ausbarmachung für die Zwecke der Eisenbahnverwaltung, 6. Beobachtung der Leistungsfähigkeit der einzelnen Werke. Der Geschäftsbereich des Abnahme-Amtes umfaßt den rheinisch-westfälischen Industriebezirk mit vorläufigem Ausschluß des Saar- und Ruhrreviers, sowie der Werke in und bei Osnabrück. Dem Abnahme-Amt steht ein höherer, maschinen-technischer Beamter vor, dem die erforderlichen Abnahmebeamten (Regierungs-Beamter) zugetheilt werden. Die Beschäftigung der letzteren als solche soll in der Regel ein Jahr dauern. Zum Vortrager ist der Eisenbahn-Direktor Schmitz in Köln bestimmt.

Was sagen die freudentollen Goldschreiber der Schienenlords zu diesem Mißtrauensvotum, das anmuthig den Essener Wahrpruch ergänzt? Ohne die Bochumer Vorgänge hätte diese Kontroll-Anstalt wohl noch lange auf sich warten lassen.

Christlicher Royalismus. Das königstreue Stöckerblatt richtet in seiner Nummer 180 vom 4. August an eine nicht zu verlenkende Adresse folgende Buhpredigt:

Je höher ein Mensch steht, je größere Verantwortung auf seinen Schultern ruht, desto mehr bedarf er auch der stillen Stunden der Ueberlegung, der gesammelten Arbeit und selbst der Einkehr, wo über alle Entschlüsse innere Rechenschaft vorgenommen wird. . . an einen Herrscher treten von selbst so viel Aufgaben, Fragen, Erscheinungen, Pflichten, Entscheidungen heran, daß er selbst nicht mehr als unbedingt nöthig ist neue aufzusuchen und eher minder wichtige rechtzeitig abwehren sollte, damit er nicht das organische System einer weitsehenden Regierung mit einer nur an einander gereichten Einzelthätigkeit vertauscht. Es wird, wie — — — berichtet wird — zur Zeit in Ministerien und Bureau's geflagt, daß die notwendigen Tagesarbeiten nicht genug fortgeschritten. Selbst Todesurtheile sollen in größerer Anzahl noch der Erledigung harren. Wenn ein Herrscher arbeitsfreudig ist, wenn er geradezu geschaffen ist, in Arbeit groß zu sein, so ist es unser Kaiser. Wenn trotzdem die Geschäfte der Regierung stocken, so kann das nur daran liegen, daß nicht genug höhere Eintheilung, Sichtung und Ordnung in dem mechanischen Gange ist. Es muß der Welt gezeigt werden, daß auch darin die Regierung eines Hohenzollern Muster-gültiges leisten kann und daß sie lieber alle Lieblingsneigungen der einsamen, stillen Tagespflicht opfert. In ihrer eifernen Zucht glätten sich auch am besten Temperaments- und Nerveneinstimmungen aus; noch ist kein besserer Arzt wie sie dafür erfunden.

Für uns genügt es, diese häuslich monarchische Auseinandersetzung zu verzeichnen. Den Vers zu diesem Predigt-lege findet der Leser selbst.

Ein kleiner Irrthum. In einem sonst recht gut unterrichtenden Artikel der „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 217 vom 4. August), der die Aussichten der bayrischen Sozialdemokratie für die 1893er Landtags-Wahlen erörtert, ist dem volksparteilichen Blatte ein Irrthum unterlaufen. Es schreibt: „Im Wahlkreis Fürth-Erlangen haben die Sozialdemokraten gar keine Aussichten. Bedeutung haben sie nur in der Stadt Fürth, nicht in anderen Orten des Wahlkreises, und in Fürth selbst sind sie nicht die stärkste Partei. Die deutsche Volkspartei ist hier stärker, als die sozialdemokratische, wie sich bei den Gemeindevahlen wieder gezeigt hat, und auch die Liberalen sind den Sozialdemokraten überlegen.“ Um die Stärke der Arbeiterpartei im Wahlkreise Fürth-Erlangen richtig bemessen zu können, ist es doch notwendig, das Ergebnis der Reichstags-Wahlen in Betracht zu ziehen. Es erhielten 1890 Stimmen

Volksp.	Natl.	Dr.	Soj.
8851	9326	5576	5811

im ersten Wahlgang . . .

Es kam zur Stichwahl zwischen Deutschfreisinn und Sozialdemokratie; auf jenen fielen 11 059, auf diese 8858 Stimmen. Diese Ziffern zeigen, daß die Volkspartei 1890 die numerisch schwächste Partei war, während die

wo er gefunden worden ist. Wenn an ihm nun nichts gefunden wäre, als der Name? Wenn die Gerüchte, die umlaufen, nicht ohne Grund wären; wenn der vor sechs Monaten neu angekommene Mann nur ein wieder aufgetauchter Mann wäre, und wenn er deswegen zwei Mal das Leben Tonbeau's gerettet, weil er gewußt hätte, daß er seinen Sohn rettete? Wenn er aus demselben Grunde vor vierzehn Tagen bei mir eingetreten wäre, wie er vor sieben Monaten sich in die Grube gestürzt hat? — — —

Dessen ungeachtet, sagte der Schöffe, bleibt das Verbrechen bestehen, und es muß also auch ein Verbrecher zu entdecken sein.

Mein Verdacht richtet sich auf einen Mann, der seit dem Verbrechen aus dem Lande verschwunden ist und den Herr Roquebert fortgejagt hatte; aber bevor ich mich nach dieser Seite wende, muß ich mit Jean Jacquemin fertig werden. Sie sind aus diesem Lande, Herr Schöffe, erinnern Sie sich an meine Vermuthungen?

Man muß Beweise finden, sagte der Schöffe. Wenn Jacquemin hier geboren und aufgewachsen wäre, würde man ihn wiedererkennen müssen. Es ist allerdings schon sehr lange her. Es müßte sich also Jemand finden, der seit dreißig Jahren sein Gesicht nicht vergessen hätte. Halten Sie das nicht für zweifelhaft? Es ist zweifelhaft, wenn auch möglich. Uebrigens rechne ich auf andere Mittel.

Der Schöffe konnte nicht umhin, bei diesen letzten Worten erstaunt aufzuschauen. Es trat Schweigen ein, dann erhob sich der Richter, legte seine Hand auf einen auf dem Tisch ausgebreiteten Plane und fuhr fort:

Die Katastrophe im Jahre 1844 hat stattgefunden im Schacht Nummer fünf in einer Straße, die durch den Einsturz verschlossen wurde und die alsdann die Nummer fünfzehn erhalten hat. Nun, nach dem Plan geht die eine der Gallerien, die heute auf den Kreuzweg von Saint-Barbe zusammenstoßen, gerade auf den Punkt zu, wo durch den Einsturz vor dreißig Jahren die Leichen der Bergleute verschüttet worden sind.

(Fortsetzung folgt.)

Sozialdemokratie die höchste Nummernzahl beim ersten Wahlgang von sämtlichen Parteien aufwies und erst durch das gegnerische Kartell aus dem Felde geschlagen wurde. Wo bei festzustellen ist, daß gerade die Stadt Jülich eine bedeutende sozialistische Mehrheit hatte. Bei den Landtagswahlen mit ihrem verwickelten indirekten Verfahren und ihren einengenden Bestimmungen verschiebt sich die Sachlage einigermaßen zu Ungunsten der Arbeiter. Ist aber im letzten Jahrgang, und wir zweifeln nicht daran, planmäßig für die Landtagswahlen gearbeitet worden (Erwerb der Staatsangehörigkeit durch Nichtbayern, Ableistung des Verfassungseides, Aufklärung über das Wahlgesetz), so ist die Hoffnung nicht ausgeschlossen, daß der Wahlkreis Jülich-Erlangen, groß- und hausindustrieller Bezirk und Sitz eines argbedrückten und unsrer Bewegung zugänglichen Kleinbauernthums, einen sozialistischen Landboten in das Haus an der Prannerstraße entsenden wird. Jedenfalls wird ein Deutschfreisinniger oder Nationalliberaler diesmal kaum das Mandat erobern. —

Der Wettkampf des Militarismus. Da bei der bevorstehenden Militärvorlage wieder erhöhte Forderungen mit dem Hinweis auf die französischen Rüstungen gestellt werden dürften, hält die „Freisinnige Zeitung“ (Nr. 180 vom 4. August) es für angezeigt, darauf hinzuweisen, daß das neue französische Wehrgesetz von 1889 bereits zweimal eine Erhöhung der Militärlasten in Deutschland herbeigeführt hat. Das deutsche Kontingent, welches für 1886 ausgehoben wurde, ist 1887, 1888 und 1889 um 20 000, 1890 um 40 000, 1891 um 30 000 Köpfe vergrößert worden. In Frankreich hat das neue Wehrgesetz bewirkt, daß im Jahre 1890 63 000 Mann mehr als im Jahre 1889 eingestellt wurden. Zugleich erfolgte eine Verkürzung der Militärdienstzeit, so daß bei der Aushebung 60 000 Mann von vornherein nur auf ein einziges Jahr eingestellt wurden. Bei der französischen Aushebung im Jahre 1891 wurde die Zahl des Vorjahres nicht mehr erreicht; die Zahl der ausgehobenen Mannschaften ging gegen 1890 um 16 000, die Zahl der freiwillig eingetretenen um 3467 zurück, so daß die Aushebungszahl im Jahre 1891 gegen das Jahr 1889 sich nur um so viel Mannschaften erhöhte, als in Deutschland im Jahre 1890 die Aushebungszahl gegen 1886 vermehrt hat. Der Hinweis auf Frankreich kann also durchaus keinen Anlaß geben, unsere erdrückenden Militärlasten noch zu steigern. —

Die Opfer des Konkurrenzkampfes. Eine Statistik der Konkurse ist zugleich eine Liste der auf dem Schlachtfelde der sogenannten freien Konkurrenz Gefallenen. Es ist daher eine dankenswerthe Vervollständigung der „Statistischen Jahrbücher für das Deutsche Reich“, daß dieselben in dem soeben erschienenen 13. Jahrgang auch eine Konkursstatistik bringen. Es haben danach im Jahre 1891 im Deutschen Reich 7623 Konkurse, also 15,3 Konkurse auf 100 000 Einwohner stattgefunden. Dieselben vertheilen sich nach den einzelnen Staaten und Landestheilen, wie folgt:

Staaten und Landestheile	Eröffnete Konkurse	
	überhaupt	auf 100 000 Einwohner
Prov. Ostpreußen	308	15,5
Westpreußen	161	11,2
Stadt Berlin	294	18,3
Prov. Brandenburg	288	11,0
Pommern	154	10,1
Posen	173	9,8
Schlesien	474	11,2
Sachsen	337	13,0
Schleswig-Holstein	248	20,2
Dannover	217	9,5
Westfalen	267	10,9
Hessen-Nassau	198	11,5
Rheinland	567	11,9
Hohenzollern	8	12,1
Königreich Preußen	3 679	12,2
Bayern rechts des Rheins	728	14,9
Bayern links d. Rheins (N.-O. Pfalz)	120	16,4
Königreich Bayern	848	15,1
Königreich Sachsen	1206	34,1
Württemberg	360	17,6
Baden	305	18,3
Hessen	190	13,0
Preußen-Schwerin	88	14,3
Sachsen-Weimar	55	16,8
Preußen-Strelitz	15	15,3
Litauen	69	19,3
Braunschweig	74	18,2
Sachsen-Meiningen	59	26,2
Sachsen-Altenburg	37	21,5
Sachsen-Coburg-Gotha	27	18,0
Anhalt	36	18,1
Schwarzburg-Sondershausen	7	9,2
Schwarzburg-Rudolstadt	8	9,3
Waldeck	2	5,5
Neuchâtel	33	51,9
Neuchâtel jüngerer Linie	25	20,7
Schaumburg-Lippe	2	5,1
Lippe	6	4,6
Elberfeld	22	25,4
Strömen	83	45,6
Hamburg	192	30,2
Sachsen-Weimar-Eisenach	260	16,2

Von diesen 7623 Konkursen fallen 406 auf die Land- und Forstwirtschaft, 2926 auf die Industrie, 2318 auf das Handelsgewerbe, 1 auf Versicherungsanstalten, 443 auf das Verkehrs- und Gastwirthsgewerbe, 293 auf Beamte und Personen ohne Beruf. Die Landwirthschaft ist unter den Konkursen nur schwach vertreten; ihre wirthschaftlichen Opfer sind aber nicht geringer als in der Industrie und im Handelsgewerbe, nur sind sie in der Substitutionsstatistik zu suchen.

Ueberdies ist zu beachten, daß die Konkurs-Statistik es immer noch mit dem verhältnismäßig besser gestellten Theil der Industriellen zu thun hat; das Zergewerbe und das Zergewandwerk, so gern es sich auch nach dem Mittelstande, den Besitzenden zurechnen mag, zählt in der Konkurs-Statistik nicht mit, da ihm selbst die Mittel fehlen, sich die Wohlthat des Konkurses zu verschaffen. Hunderttausende kleine Handwerker wären froh, sich durch einen Konkurs wenigstens die Erleichterung zu schaffen, nicht von Stunde zu Stunde der Willkür des Gläubigers, der ihm jeden

Augenblick den Exekutor auf den Hals schicken kann, preisgegeben zu sein.

Konservative Wünsche. Nach dem sächsischen Kreisler von Friesen tritt der preussische Junker von Durant auf den Plan, um ein Heilmittel gegen die „Gefahren“ des allgemeinen Wahlrechts, das den Feudalen arge Pein bereitet, mit Stentorstimme anzupreisen. Durant schreibt im „Reichsboten“ (Nr. 181 vom 5. August) u. a.: „Nicht nur für die deutsch-konservative Partei, sondern für das Volkwohl überhaupt ist die Zusammenziehung seiner obersten Volksvertretung aus allen Berufsständen nach Maßgabe ihrer sozialen und wirtschaftlichen Bedeutung von höchster Wichtigkeit und zur richtigen Abwägung und Berücksichtigung aller berechtigter Interessen durchaus nöthig. Dies führt den Unterzeichneten dahin, zunächst die Befestigung und Wiederherstellung korporativer Verbände auf das Dringendste zu befürworten, welche demnächst die Grundlage für die entsprechende Vertretung ihrer Berufsgenossen in dem Parlament abzugeben haben würden. An die Stelle der allgemeinen direkten Wahl würde die Korporation als Wahlkörper treten und jedem Berufszweige eine bestimmte Zahl von Vertretern zubilligen sein. Daß auf diese Weise der Demagogie der Boden entzogen wäre, liegt wohl auf der Hand.“ Offenherzigkeit ist eine löbliche Tugend des agrarischen Heißsporns. Aber seine Heilswünsche sind nicht so leicht zu erfüllen. Hat nicht das Volk, die Demagogie? sagt Durant, auch ein Weniges mitzubringen? Bei welcher ersprießlichen Mitrede den Durant und Genossen der große Mund gründlich gestopft werden könnte! —

Ein Kleiner von den Seinen. Dieser Tage ist im Alter von 81 Jahren Alexander von Gäßner gestorben, vielleicht der beste Vertreter der österreichischen Diplomatie aus Metternich's Schule. Und die liberalen Wätter haben diesem Wiederkehr rührende Nachrufe gewidmet. Gäßner war schon früher, noch unter Metternich, in den diplomatischen Dienst getreten; eine seiner ersten Aufgaben war, in Leipzig, wo die jungen, freisinnigen Oesterreicher ihre Schriften veröffentlichten, dem revolutionären Geist aufzulauern. Man war mit ihm zufrieden und übertrug ihm 1848 eine Stelle in Mailand, wo es ihm während der Revolutionstage schlecht ging; er wurde verhaftet und blieb längere Zeit im Gefängnis. In seinem vor einem Jahr erschienenen Buche, worin er auch in schamloser Weise das Andenken Robert Blum's beschimpfte, Lügner und Verleumder vom Wirbel bis zur Zehe, hat er diese Vorgänge geschildert. 1849 ging er als österreichischer Gesandter nach Paris, und dieser Pariser Aufenthalt hat erst seinen Namen an die Oeffentlichkeit gebracht. Zu Gäßner sprach nämlich Louis Napoleon am Neujahrstag 1859 die berühmten Worte, welche bereits wie eine Kriegserklärung an Oesterreich klangen. Gäßner war überrascht ob dieser Anrede, ein Zeichen, daß er nicht sehr scharfe Ohren besaß, sonst hätte er von den französisch-italienischen Unterhandlungen hören müssen. Nach Oesterreich zurückgekehrt, wurde er Polizeiminister, um 1868 die Votschaft beim heiligen Stuhl zu übernehmen. In Rom führte er die Verhandlungen über die Aufhebung des in der Reaktionszeit abgeschlossenen Konkordats. 1868 gab er die amtliche Thätigkeit ganz auf und unternahm große Reisen, die ihn um die ganze Welt führten. Ein unseiner Wünsche ist er aber sein Lebenslang geblieben, in der That ein Gegenstand würdig der Lobreden jenes Zeitungsgefinde's, das ach! so „ein kurzes Gedärm“ hat. —

Frankzösische Generalrathswahlen. Von den 1421 Wahlkreisen für die Generalräthe waren die Ergebnisse aus 1406 Kreisen bekannt. Danach erhielten die Republikaner 1062, die gegnerischen Parteien 227 Sitze; von letzteren fallen auf die Versassungs-Konservativen 25 Sitze. Es sind 117 Stichwahlen nothwendig. Die Republikaner gewannen 167 Sitze und verloren deren 9. —

Bürgerliche Vöotier. Das Depeschembureau „Verold“ drahtet folgende „Sensations“-nachricht:

Paris, 4. August. Der „Figaro“ veröffentlicht ein sensationelles Interwiew des bekannten Sozialisten Séverine bei dem Papste über den Antisemitismus; der Papst habe rückhaltlos den Antisemitismus, der zu Religionskriegen und Massenkämpfen führe, verurtheilt.

Ein lustiges Häufelwerk von Irrthümern in einem halben Dutzend Druckzeilen! Für's Erste muß es nicht heißen der bekannte Sozialist Séverine, sondern der bekannte Sozialist ein Frauenzimmer ist, nämlich die bekannte Freundin und Erbin unseres vor einigen Jahren verstorbenen französischen Genossen Jules Vallés, des alten Revolutionärs und Kommunisten. Für's Andere hat Frau Séverine, die schon seit längerer Zeit auf die schiefste Ebene einer thörichtesten Taktik gerathen ist, sich durch ihre Mauseereien mit Boulangisten, Anarchisten und anderen Wiederkehrern unheilbar kompromittirt, sodas die Arbeiterpartei mit den Herentänzern, welche die vielseitige Dame etwa aufzuführen sollte, aber auch garnichts zu thun hat. Das ist allgemein bekannt. Zu Ruh und Frommen aber der Arbeiter, die Kraft ihrer berufsmäßigen Unwissenheit in Allem, was Wesen und Geschichte des Sozialismus anlangt, in der bürgerlichen Presse Sozialpolitik treiben, — die neumannsche „Volks-Zeitung“ (Nr. 181 vom 5. August) druckt natürlich unbedenken das samose Telegramm ab, wie sie jüngst „aus sicherer Quelle“ die Mutter unseres Genossen Karl Kautsky, die bekannte Romanistikerin, ohne die geringste Pietät für nun einmal bestehende Verwandtschaftsgrade zum „Frau lein Minna Kautsky“ der Schwester Karl Kautsky's machte — sei dieser landläufige Thatbestand festgestellt. Sie könnten sonst gar zu unweise über Madame Séverine's Pantoffelkathedralen. —

Parische Sozialpolitik. Während Hunger und Seuchen Rußland verheeren, hält die russische Regierung den Augenblick für gekommen, die von den Bauern während des Nothstandes beim Staatsfisch gemachte Schuld einzutreiben. Ein vom Finanzministerium an die Gouverneure des Reiches, darunter auch an den Gouverneur von Nischnij-Nomgorod, einem Haupt-Choleraland, versandtes Rundschreiben fordert dieselben auf, über Mittel und Wege zu sinnen, wie von den Bauern die ihnen im verflohenen und diesem Jahre zur Verpflegung, sowie zur Aussaat überwiesenen Gelder, insgesamt 125 Millionen Rubel, baldigst einzutreiben wären, wobei die Ortsbehörden ihr Gutachten in dieser Angelegenheit spätestens bis zum 9. August dieses Jahres an das Finanzministerium einzusenden haben. —

Von der Cholera. Die königliche Eisenbahndirektion Breslau hat bis auf Weiteres auch den Durchgangsverkehr von Personenzügen über Rattowitz und Schoppinitz nach Sosnowice eingestellt. Der Personenverkehr wird auf dieser Strecke durch einen besonderen Wagenpark vermittelt, welcher fortwährenden gründlichen Desinfektionen unterworfen wird. — In der Posener Stadtverordnetenversammlung vom 3. August wurden auf Antrag des Magistrats für den Bau von Baracken und zur Vornahme weiterer sanitärer Maßregeln, Desinfektion u. s. w. neue Mittel bewilligt. — Die vom dänischen Ministerium des Innern am 3. August erlassene Quarantäneverordnung für aus Schweden eingeführte Hausthiere bezieht sich nur auf mit Klauen versehene Thiere, auch gilt die Verordnung nur vorläufig. In Kopenhagen, Helsingör und Frederikshaven sind vom Staate Lokalitäten für Quarantäneverweilung zur Verfügung gestellt worden. — Die Pariser Morgenblätter vom 4. August melden, am vorhergegangenen Tage seien in Paris selbst 7 Cholerafälle vorgekommen, von denen 6 tödtlich verlaufen seien, im Reichthum von Paris habe sich ein Cholera-Todesfall ereignet. Ein Telegramm des „Journal des Débats“ aus Tours meldet, es sei daselbst eine aus 5 Personen bestehende Familie an Cholera nostras erkrankt, zwei der Erkrankten seien gestorben. Beide Meldungen bedürfen der Bestätigung. — Der österreichische Handelsminister hat gegen die Herkünfte aus den türkischen Häfen des Schwarzen Meeres zwischen der russischen Grenze und Raj Jerosburin eine siebenstägige Beobachtung angeordnet. — Die Gouvernements-Landchafts-Versammlung in Smolensk (Rußland) bewilligte 100 000 Rubel zur Bekämpfung der Cholera. — Neu aufgetreten ist die Cholera in Rußland. Im Gouvernement Tobolsk sind am 1. August 59 Erkrankungen und 39 Todesfälle vorgekommen. — Das österreichische Reichskriegsministerium hat, um einer Einschleppung der Cholera aus Rußland vorzubeugen, die zur Zeit in Rußland sich aufhaltenden Angehörigen des österreichisch-ungarischen Meeres von dem Einrücken zu den diesjährigen Waffenübungen, sowie von der Theilnahme an den Haupttruppen und Kontrollversammlungen entbunden. — Wie die bei dem Gesundheitsamt und dem statistischen Bureau in Paris eingezogenen Erkundigungen ergeben, haben in den letzten Tagen fünf Fälle choleraartigen Durchfalls in der Umgegend von Paris und ein solcher in Paris selbst stattgefunden, zwei von diesen sechs Fällen verliefen tödtlich. Ein Fall von asiatischer Cholera sei bisher nicht festgestellt worden. —

Parteinachrichten.

Zur Reichstagswahl in Söwenberg. Greiffenberg und Sagan-Sprottau theilt die „Freie Ztg.“ mit, daß in letzterem Wahlkreise das Centrum für den freisinnigen Kandidaten Buchdruckereibesitzer Dr. Müller, in ersterem Kreise für den konservativen Herrn v. Holländer stimmen wird.

Gemeindevahlen. Die Sozialdemokratie Dessau beschloß in ihrer Versammlung am Montag, sich an den im Herbst d. Js. vorzunehmenden Stadtverordneten-Wahlen zu betheiligen. Es wurde ein Komitee gewählt, das zunächst die Arbeiter zur Erwerbung des Bürgerrechts veranlassen soll.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.
— **Zwickau.** Vor dem hiesigen Schöffengericht fand am 3. August Hauptverhandlung in einer Privatklagefache des Besitzers der Bergwerke „Morgenstern“, A. Wiede, in Reinsdorf bei Zwickau, wider den Redakteur des Bergarbeiter-Organs „Glückauf“, Gustav Gladowitz, wegen Verleumdung statt, begangen durch einen Artikel, in welchem die Anschaffung von Paraden-Anzügen zu einem Vergessle besprochen worden war. Gladowitz wurde zu 1 Jahre Gefängnis verurtheilt. Berufung ist eingelegt.

Soziale Ueberblick.

Zur fiskalischen Arbeiterversicherung wird uns aus einem Städtchen Pommerns geschrieben: Wie die Alters- und Unfallrenten wieder in die Klaffen der Unternehmer resp. auch der Staatsbetriebe zurückfallen, davon einige Beispiele: Einem Arbeiter, der 9,90 M. Altersrente bezieht, ist infolge dessen die freie Wohnung, die er bis dahin inne hatte, entzogen. Er zahlt jetzt seinem sogenannten „Arbeitgeber“ dafür 10 M., ist also noch um 10 Pfg. geschädigt; der Arbeitgeber, welcher nur die Hälfte der Beiträge zur Invalidenkasse zu leisten hat, zieht demnach noch Nutzen aus der Rente. — Einem anderen Arbeiter, der 11,25 M. Altersrente bezieht, ist daraufhin freies Kartoßfeld und kleine Stallung für Hiege, Schwein von seinem Arbeitgeber entzogen, welcher sich dafür jetzt 10 M. zahlen läßt. Der Arbeiter hat nun noch wegen der 1,25 M. eine weite Strecke zu laufen und muß mindestens einen halben Tag feiern. — Ein Bahnarbeiter, der für Verletzung einer Hand monatlich 1,50 M. aus der Unfallversicherung erhält, bekommt jetzt von der Betriebsleitung monatlich 1,50 M. weniger; denn, so schließt die Bahnverwaltung: Wenn er von der Unfallversicherung mit 1,50 M. entschädigt wird, so muß er uns doch um 1,50 M. weniger leisten als bisher. —

Mainz, 1. August. Die Bezirkskonferenz der Schneider- und Schneiderinnen der Provinz Hessen-Nassau und des Großherzogthums Hessen, welche gestern hier tagte, war aus Frankfurt, Offenbach, Hanau, Darmstadt, Wiesbaden und Mainz besetzt und faßte folgende Beschlüsse: Da bei dem sich rasch vollziehenden Konzentrationsprozeß des Kapitals es dringend erforderlich erscheint, sämtliche verwaandte Zentralisationen in Industrieverbände umzubilden, erklärt die Konferenz auf Grund der gemachten Erfahrungen die bestehenden Branchenorganisationen gegenüber dem vereinigten Kapital als nicht mehr widerstandsfähig und giebt der Ueberzeugung Ausdruck, daß Industrieverbände eine höhere Sparsamkeit ermöglichen und deshalb ihre Kräfte besser als die Branchenorganisationen für den Kampf gegen die Konkurrenz; die Konferenz wünscht infolge dessen, zur Vereinfachung und Besserhaltung der Organisation, die Branchenorganisationen fallen zu lassen, und sich dem geplanten Vorkonzentrations-Industrieverbände anzuschließen; da bis heute die Beschlüsse des Spezialkongresses der Vorkonzentrationsindustrie zu Halbesstadt von der damit beauftragten Kommission nicht zur Ausführung gebracht worden sind, fordert die Konferenz den in Magdeburg am 26. August tagenden Kongreß der deutschen Schneider- und Schneiderinnen auf, die nöthigen Schritte behufs Einberufung eines Kongresses der Vorkonzentrationsindustrie einzuleiten. Weiter beauftragte noch die Konferenz die Delegirten, dahin zu wirken, daß schon auf dem in Hannover am 30. August stattfindenden Verbandstage die Form des jetzigen Verbandes so geändert wird, daß es den Arbeitern und Arbeiterinnen vermandter Berufszweige möglich ist, sich dem Verbande vom 1. Oktober ab anzuschließen zu können.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 5. August.
Festung-Theater. Sobon's Ende.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
Der Zigeunerbaron.
Ostend-Theater. „Onkel Bräsig“.
„Ut mine Stromtid“.
Sellenkianze-Theater. Das kleine Krokodil.
Adolph Ernst-Theater. Fräulein Feldweibel.
Kroll's Theater. La Traviata.

Berl. Sommer-Theater
(Bock-Brauerei, Tempelhofer Berg.)
(Artistiche Leiter: Paul Pauli.)
Freitag, den 5. August.
Vorstellung in 5 Abtheilungen.

6 1/2 Uhr:
Concert, Musikdirektor Rachfall.
7 1/2 Uhr:
Spezialitäten 1. Ranges.
F. Adlka. G. Rösser. Perike Horvath.
Gedr. Schwarz.

8 1/2 Uhr:
Die Zillertaler,
Liederspiel in 1 Akt v. F. Neumüller.
Ferdinand Worms als Gast.
9 1/2 Uhr:
Spezialitäten 1. Ranges.
Mlle. Ancion. G. Rösser. Dora Ebert.
Gedr. Schwarz.
10 1/4 Uhr: Grosses Ballet.
Prima Ballerina: Marie Ala. 6 Solo-
Tänzerinnen, ein Solotänzer, Corps
de Ballet 20 Damen.
Pantoches-Theater des Mr. Winn.
Anfang des Konzerts 6 1/2 Uhr,
der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Täglich: Grosses Vorstellung.
Siehe die Anschlagssäulen.

Adolph Ernst-Theater.
Zum 49. Male: 2794L

Fräulein Feldweibel.
Gesangspöffe in 3 Akten
von Ed. Jacobsen und W. Mannstädt.
Musik von G. Steffens.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Der Sommergarten ist geöffnet.

Gratweil's Bierhallen
Kommandantenstraße 77-79.
Täglich

Gr. Konzert
Grosser Frühstücks- u.
Mittagstisch,
sowie 6 Billards, 3 Kegelbahnen.
Zwei Säle
zu Versammlungen und Vergnügungen.
2810L F. Sadtke.

Viktoria-Brauerei.
Lühov-Strasse 111/112.
Im Konzertgarten resp. Saal

(außer
Täglich Sonnabends):
**Stettiner
Sänger.**
Stets wechselnd.
Programm.
Anfang 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Entree 50 Pf.
Wochentagsbilletts à 40 Pf. (S. Plakate.)

**Passage-
Panopticum.**
Neu!
Blaue Grotte
mit Wasser, Rähen u.
Beleuchtungseffekten.
Neu!
Eine Kriminal-
geschichte
in sieben lebensgroßen Gruppen.

**Castan's
Panoptikum.**
Geöffnet von 9 Uhr Morgens
bis 10 Uhr Abends.

Moabiters Gesellschaftshaus,
Alt-Moabit 80/81.
Täglich: Gr. Konzert, Theater
und Spezialitäten.
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.
2280L Hellmuth Peters.

Zum Sängerefest in Friedrichshagen
empfehle 1361b
Erinnerungs-Medaillen.
Händlern hoher Rabatt.
C. Kowalsky, SO., Mariannenstr. 8.

Arbeiter-Sängerbund

Berlins und Umgegend.

Sänger-Fest

Müggelschlösschen,
Friedrichshagen,

Sonntag, den 7. August.

Zur allgemeinen Kenntniss, daß nach Uebereinkunft mit der Direktion der Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Stern“ folgende Fahrpreise festgesetzt sind:
Von der Zannowitzbrücke hin und retour . . . 60 Pf.
Einzelne Fahrt 40 Pf.
Von Köpenick 25 Pf.
Die Fahrt findet halbstündlich statt. Von 10 Uhr Abends stehen in Friedrichshagen sämtliche Dampfer der Gesellschaft zur Verfügung.

Belten. Gesangverein „Palme“ Belten.
(Mitgl. d. A.-S.-B.)

II. Stiftungsfest

am Sonntag, den 14. d. M. im O. Schröder'schen Restaurant, wozu Gesangvereine des Bundes von Nah und Fern hiermit freundlichst eingeladen sind. — Vorherige Anmeldung erwünscht.
495/12 Der Vorstand.

Achtung! Britz. Achtung!
Am Sonntag, den 7. August 1892:

Gr. Sommerfest

in „Engel's Lokal“ (Nachfolger Bläse), Priber Chaussee, arrangirt vom
Arbeiter-Gesangverein Britz,
unter gütiger Mitwirkung des Arbeiter-Gesangvereins Eintracht (Glienide), des Zitherklubs Edelweiß und des Musikvereins Musikfreunde (Rigsdorf).
Im Garten: Großes Vokal- und Instrumental-Konzert.
Abends: Großer Fackelzug mit bengalischer Beleuchtung, wozu jedes Kind eine Stocklaterne gratis erhält.
495/13
Im Saale: **Grosser Ball.**
Kasseneröffnung 3 Uhr. Anfang 4 Uhr. Entree 25 Pfennig.

Grosser Sommernachtsball

am Sonnabend, den 6. August, in der „Cambrinus-Brauerei“, Wallstraße 46 und Bismarckstraße 23, arrangirt vom

Fachverein der Holzarbeiter Charlottenburgs.
Billetts, Herren 50 Pf., Damen 25 Pf., sind zu haben bei H. Eymel, Schillerstr. 11; Herrn Bernide, Krummstr. 19; G. Peterjohn, Veteranenstr. 22; Wilhelm Henze, Döbelbergerstr. 38.
Anfang 8 Uhr. Abendkasse findet nicht statt.
Die Berliner Kollegen werden hierdurch ganz besonders aufmerksam gemacht.
1896b Das Komitee.

Stuckateure!

Der Fachverein der Berliner Stuckateure feiert am 6. August Kottbuserstr. 4a sein 16. Stiftungsfest und ladet hierzu die Kollegen von Nah und Fern freundlichst ein.
478/19 Der Vorstand.

Berein der Einseker (Tischler).

Sonntag, den 7. August, Vormittags 10 1/2 Uhr,
Neue Friedrichstraße 44:
Außerordentliche Generalversammlung.
Tagesordnung:
1. Wahl der Revisoren. 2. Vorstands-Antrag. 3. Verschiedenes, Fragelasten.
146/20 Der Vorstand.
NB. Der Arbeitsnachweis befindet sich nur Neue Friedrichstraße 44 im Restaurant, Abends 8-9, Sonntags Vormittags 10-12.

Genossenschafts-Bäckerei

für Berlin und Umgegend.
(Eingetragene Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht.)
Wir haben das Gewicht unserer
50 Pf.-Brote um 50 Gramm
75 „ „ „ 75 „ „
1 Mt. „ „ 100 „ „
erhöht, wovon wir bitten, gest. Kenntniss zu nehmen.
Gleichzeitig empfehlen wir den Genossen unsere Filial-Bäckereien Gartenstr. 36, Brunnenstr. 122a, Weidenweg 101, Mantuffelstraße 63 und Hasenhaid 117/118 zu ihren Proteinkäufen.
Der Vorstand.
Caspar, Geschäftsführer. Lazarus, Kassierer. 98/4
C. Königsfeld, Hren- u. Goldwaaren-Geschäft
Reinickendorfer-Str. 69.
Spezialität: Ringe, größte Auswahl. Reparaturen gut und billig. 2685L
Empfehle mein Garten-Restaurant für Gesellschaften und Vereine. Badeanstalt und Regelpark. Gute Küche.
Gustav Schöne, Gastwirth, Rüdersdorf, Karistraße 8, (vormals Ww. Erpol.)

Achtung!

Sonntag, den 7. August, Nachmittags 4 1/2 Uhr, in **Schnoider's Gesellschaftshaus,** Probstauerstraße 38/39:

Versammlung

des **Allgem. Arbeiterinnen-Vereins (Filiale Friedrichsberg).**
Tagesordnung: 1. Vortrag des Jahmarztes Herrn Robert Wolf über: „Die Sozialdemokratie, eine Forderung der Kultur“. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes.
488/11
Nach der Versammlung: Gemüthliches Beisammensein, verbunden mit Tanz. Zur Deckung der Unkosten findet Zellersammlung statt. — Um zahlreichen Besuch bittet
Der Vorstand.

Zentralverband der Maurer Deutschlands,
Zahlstelle I. Berlin (Buzer).

Sonntag, den 7. August, Vormittags 11 Uhr, **Dresdenerstraße 96:**

Versammlung.

Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal, vom Stiftungsfest und der Unterstützungskommission.
2. Verschiedenes und Fragelasten.
482/4

Achtung!

Hiermit zur Nachricht, daß das
2. Stiftungsfest des Arbeiter-Gesangvereins Vorwärts I. SO.
am 6. August Umfände halber nicht stattfinden.
1367b
Der Vorstand.

Verbands-Versammlung der Bäcker und Berufsgen.

(Mitgliedschaft Berlin)
Dienstag, den 9. August 1892,
Nachmittags 3 1/2 Uhr,
in Seefeld's Salon, Grenadierstr. 33.
Tagesordnung:
Regelmäßige Monatsgespräche; Vortrag; Verschiedenes.
1359b
Der Vorstand.

Musikinstrumenten-Arbeiter.

Sonnabend, den 6. August,
Abends 8 Uhr,
bei Deigmüller, Alte Jakobstr. 48a:
Delegirten-Versammlung.
Die Delegirten werden ersucht, in dieser Versammlung die Abrechnungs-gelder der Fachzeitung, sowie mit den Billetts vom Sommerfest abzurechnen.
477/6 Der Vertrauensmann.

Verband der Bauarbeiter

Zahlstelle Berlin.
Sonntag, den 7. August 1892,
Vorm. 10 1/2 Uhr,
Mitglieder-Versammlung
bei Säger, Grüner Weg Nr. 29.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes.
2. Wahl d. Vorstandes u. d. Revisoren.
3. Verbandsangelegenheiten.
Um das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ersucht
404/11
Die Lokalverwaltung.

Bekanntmachung.

Wir haben Herrn **Hans Caspar** mit heutigem Tage bis zum Entschieden der Generalversammlung, welche wir sofort einberufen werden, seines Amtes als Geschäftsführer entbunden und hat derselbe demgemäß vorläufig keine weitere Dispositionsbefugnis.
98/5
Genossenschafts-Bäckerei für Berlin und Umgegend.
(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.)
Der Aufsichtsrath.
J. A.: Spiokormann, Vorsitzender.

Bekanntmachung.

In der am 31. Juli d. J. stattgehabten Sitzung des Waaren-Verkaufs-Vereins, Berlin S., Oranien-Strasse 50, ist beschlossen worden, als Dividende pro Monat Juli 1892 2000 Pfund allerbestes Kochemehl (aus Frankenstein Weizen), bedeutend ergiebiger als sogenanntes Wiener- oder Kaiser-auszugmehl, u. 2000 Pfund vom besten gesiebten Kölner Kochzucker zu verkaufen, und zwar in Mengen von:
2 Pfund Kölner Kochzucker und 2 Pfund Kochemehl zusammen zum Preise von 97 1/2 Pf., 4 Pfund Kölner Kochzucker und 4 Pfund Kochemehl, zusammen zum Preise von 1,95 Mark.
Der Verkauf findet am **Sonnabend, den 6. Montag, den 8. u. Dienstag, den 9. d. M.** statt.
Waaren-Verkaufs-Verein.
2811L D. Lubinski.

Medaillen

zum grossen Sängerefest sind zu haben bei
1362b
F. Nürnberg,
Friedrichshagen, Linden-Allee Nr. 1.
Arbeitslojen, durch feste Arbeit bei einer rentablen Kapitalanlage. Rest. hätten die Aufgabe, ein den Bedürfnissen der Partei sowie dem Verkehre der Genossen am Orte entsprechendes größeres Lokal, wenn möglich auch mit Filialitäten verbunden, für Gewerkschaften, Zentral-Verberge u. s. w. zu schaffen. Fr. Offerten verm. die Exp. d. Bl. unter G. 7.
1276b
F. Schnelle,
Staliger-Strasse 182.

Achtung!

Unsern Kollegen und Genossen **Gustav Griff** gen. **Appel-Schimmel** zu seinem heutigen Wiedergeburtstag ein donnerndes Hoch, daß die ganze Reinickendorferstraße wackelt. 13659
Gustav, merkst Du nicht?
D. S. A. E. S. L. M. A.

Verband aller in der Metall-Industrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Metallarbeiter **H. Winzer**
am 2. August an der Lungenerkrankung verstorben ist.
480/8
Seine Beerdigung findet am **Sonnabend, den 6. August, Nachm. 5 Uhr,** von der Leichenhalle des St. Elisabeth-Kirchhofes (Gesundbrunnen) aus statt.
Der Vorstand.

Der Sewallmüchige.

Dr. Hoesch, homöopath. Arzt,
Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10

Kinderwagen-Bazar
M. Brinner,
Jerusalemstr. 42, I
Filiale:
Brunnenstr. 6, Hof pt.
Größte Auswahl. Billigste Preise.
Taschengeld gestattet.
In der Filiale Auswert. zurückgekehrter Wagen außerordentlich billig.

Bitte lesen Sie!
Jeden, der billig und gut kaufen will empfehle mein sehr reichhaltiges Lager von circa 1000 **Sommer-Palcoets, 2000 Anzüge,** sowie einzelne **Wäcke, Jaquets, Hosen, Westen etc.** Ferner **Uhren, Ketten, Ringe, Ketten, Wäcke, Stiefel, Hüte, Reise- u. Holzleffer, Waschkessel u. sämtliche Sachen in alt und neu,** auch werden verfallene Pfänder verkauft
A. Wergien,
Schneidermeister,
127 Staligerstraße 127.
Bestellungen nach Maß werden gut und billig ausgeführt.
Bitte sehr, recht genau auf Namen und Hausnummer zu achten.

Paul Rehfeldt

empfehle sein Lokal 1890b
Carolinenhof
zwischen Gränau und Schmöwitz (ca. 1000 Personen fassend) den werthen Genossen zu Wagen-, Fuß- u. Dampfer-Parteien unter besten Bedingungen. Saal und Hallen in jeder Größe.
Kinderwagen: Größtes Lager Berlins
J. A. Andreasstr. 23, J. P.
Schankgeschäft verkauft
Fitz, Simeonstr. 23.

Die **Genossenschafts-Brotbäckerei-Niederlage** für den Westen befindet sich **Stoimetz-Strasse 52 b** bei **Hannemann, Milch-Geschäft.**
Sommer-Heberzieher am 31. Juli Ringbahnzug Station Hallensee liegen geblieben. Abgehende gegen Belohnung an **W. Meyer, Möckersstraße Nr. 76,** Hof 4 Zr. 1368b

Allen Freunden und Parteigenossen empfehle mein **Schnitzwaaren-Lager.** Gute, solide Arbeit, mäßige Preise.
H. Müller, S.O., Schlickestr. 3.
Kapitalisten, vorzügl. Wirtchen, bietet sich in einer groß. Stadt Rheinlands Gelegenheit zu einer rentablen Kapitalanlage. Rest. hätten die Aufgabe, ein den Bedürfnissen der Partei sowie dem Verkehre der Genossen am Orte entsprechendes größeres Lokal, wenn möglich auch mit Filialitäten verbunden, für Gewerkschaften, Zentral-Verberge u. s. w. zu schaffen. Fr. Offerten verm. die Exp. d. Bl. unter G. 7.
1276b
Eine geübte Schalenbinderin im Hause wird verlangt. 1364b
H. Meyon & Co., Sebastianstr. 20.

Der Aufruf gegen die Sonntagsruhe.

Bei Gelegenheit der Beratung des Reichstags über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe sagte der Berichterstatter der Kommission, Ditt, wörtlich folgendes:

Im Allgemeinen war man in der Kommission darin einig, daß in größeren Städten nicht wohl eine weitere Herabsetzung der Stunden, ja vielleicht ein gänzlich Verbot der Sonntagsarbeit im Verkaufsgewerbe und im Handelsgewerbe überhaupt möglich sein würde. Dagegen trug man Bedenken, diese Bestimmungen, dieselbe Beschränkung auch auf das Land auszudehnen. — Um nun aber den verschiedenen Verhältnissen Rechnung tragen zu können, wurde von der Kommission vorgeschlagen — und es ist auch so beschlossen worden, daß durch statistische Bestimmung der Gemeinde oder eines weiteren Kommunalverbandes die Beschäftigungstunden weiter herabgesetzt werden können, ja daß die Beschäftigung ganz verboten werden kann. So sollte die Möglichkeit gegeben werden, den besonderen Verhältnissen Rechnung zu tragen.

Diese Worte des Referenten Ditt hatten zur Folge, daß der § 105 b, Absatz 2, in seiner jetzigen Fassung Gesetz wurde. Klar und deutlich ging aus den Diskussionen hervor, daß der Reichstag erwartete, die größeren Städte würden eine Herabsetzung der Stunden einführen. Und was geschah? Die Städte, vor allem die Großstadt der Großstädte, Berlin, die Hauptstadt mit ihren 1 1/2 Millionen Einwohnern, in der zu jeder Zeit selbst dem wohnsinnigsten Bedürfnis an Waaren genügt werden kann, sah sich nicht veranlaßt, den Erwartungen des Reichstages zu entsprechen — Berlin mit seiner freiständigen Stadtverwaltung hatte den übrigen Städten den Weg gewiesen, wie man bei den Wahlen Arbeiterfreundlichkeit heuchelt und in der That mit einigen eleganten Redewendungen den Arbeitern Faustschläge ins Gesicht verfehlt. Die freisinnige Stadtverwaltung Berlins beschloß, keine weitere Herabsetzung der Stunden einzutreten zu lassen.

Und jetzt, nachdem dieses durchlöcherter, mit Ausnahmen durchsuchter Gesetz laun vier Wochen in Kraft ist, regt es sich auf der ganzen Linie der bürgerlichen Parteien, werden Versammlungen auf Versammlungen abgehalten, stürzt sich die gesamte bürgerliche Presse auf dieses Gesetz, um die einschneidendsten Bestimmungen wieder anzukündigen. Allen voran kommen die vereinigten Zigarrenhändler mit ihrem Anhang, um für sich auch die Ausnahme zu ergattern, des Sonntags Nachmittags ihr Geschäft wieder öffnen zu können. Laut einer Statistik, die für die Tätigkeit der Reichskommission seitens der hiesigen Freien Vereinigung der Kaufleute aufgenommen wurde, haben sämtliche Zigarrengeschäfte, die beschäftigt wurden, 250 an der Zahl, ihr Geschäft täglich bis um 10 Uhr geöffnet. 10 Uhr aber ist noch nicht der äußerste Zeitpunkt, es gibt eine ganze Reihe von Zigarrenhändlern, die noch länger ihre Türen geöffnet haben. Und die Inhaber dieser Geschäfte, die ihre Geschäfte während der Woche meist in der rücksichtslosesten Weise ausnützen, schämen sich nicht, eine Agitation gegen die paar Stunden Ruhezeit am Sonntag Nachmittags zu inszenieren mit der einzigen Begründung, es erwache den Inhabern ein großer Schaden aus der Schließung ihrer Geschäfte! Dann wären sie doch verpflichtet, einmal klare, deutliche Zahlen anzugeben, aber das unterlassen sie wohlweislich. Es soll garnicht geleugnet werden, daß ihnen ein gewisser Nachteil erwächst, aber dieser Nachteil wird in unerhörter Weise übertrieben.

Das Ziel der Agitation, die jetzt in Szene gesetzt wird und in den Organen der konservativen und liberalen Parteien, der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, der „Kölnischen Zeitung“, der „Magdeburgerischen Zeitung“ und der „Freisinnigen Zeitung“ und last not least des „Berliner Tageblatts“ ihre Organe feiert, ist Abschaffung des § 41a, der bestimmt: „Soweit nach den Bestimmungen der §§ 105 b bis 105 h Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter im Handelsgewerbe an Sonn- und Festtagen nicht beschäftigt werden dürfen, darf in offenen Verkaufsstellen ein Gewerbebetrieb an diesen Tagen nicht stattfinden.“ Dieser § 41a ist der einzige Halt der ganzen Sonntagsruhe, die einzige Schutzwehr, daß nicht die Sonntagsarbeit der Handlungsgehilfen und wehr, daß nicht das Gesetz verboten, von hinten wieder in die Praxis hineingeschoben wird. Wenn es den Inhabern der kleinen Geschäfte gestattet wird, ihre Geschäfte offen zu haben, ihnen und ihren Familienmitgliedern es erlaubt sein sollte, des Sonntags zu verkaufen, so würden sie, die Inhaber, ihre Freunde und Verwandten, die sonst in anderen Geschäften arbeiten, veranlassen, zu ihnen zu kommen, und die Sonntagsruhe für diese Märtyrer der Verwandtschaft wäre ein für allemal zum Teufel. Der Lüge wird Thür und Thor geöffnet, denn um ihre Stellung zu behalten, werden viele Handlungsgehilfen und Ladenmädchen es nicht verweigern, sich als angebliche „Verwandte“ des liebevollen Chefs auszugeben, der ihre Kräfte auch des Sonntags Nachmittags ausnützen will. Und diejenigen, die nun keine Verwandten haben, werden von der Konkurrenz gezwungen werden, Mittel und Wege zu finden, um die gesetzlichen Bestimmungen zu umgehen. Für wen wäre dann das Gesetz erlassen worden — nicht nur zum Schutze des Handlungsgehilfen, nein auch zum Schutze der Geschäftsinhaber und Geschäftsinhaberinnen, die Jahr aus, Jahr ein in ihrem Geschäfte sitzen und bei all der Arbeit vollständig körperlich und geistig verkrüppeln. In dem kapitalistischen „Konfessionar“ schrieb ein Geschäftsmann aus der Provinz, die Sonntagsruhe wäre schon deswegen mit Freuden zu begrüßen, damit man doch endlich ein paar Stunden in der Woche frei hat und nicht durch einen habgierigen Konkurrenten gezwungen wird, tagtäglich in seinem Geschäft zu bleiben. Warum sind tausende der Kleingewerbetreibenden gar nicht in der Lage, irgend eine politische oder sonstige Frage des öffentlichen Lebens vernünftig zu überlegen, weil sie durch die nervenabstumpfende tägliche Arbeitszeit im wahren Sinne des Wortes dumm, total unfähig gemacht werden. Die allgemeine Sonntagsruhe ist ein Rezept gegen die Dummheit und da ist es ja einleuchtend, daß die Organe der konservativen und liberalen, die diese weitverbreitete ergiebige Eigenschaft der Menschen gebietet wissen wollen, gegen die allgemeine Sonntagsruhe agitieren.

Und was führen diese biederden Kämpfer für Konservirung der Dummheit an? Das „Berliner Tageblatt“ schreibt in seinem Leitartikel der Nr. 375 vom 27. Juli:

Und der Mensch, der hungrig ist, der Bewohner der Großstadt, der weder Acker, noch Röhre, noch einen Backofen, nicht einmal einen Keller zum Aufbewahren von Lebensmitteln besitzt, meistens nicht einmal Geld zum Kaufen derselben an Vorrath hat, vielmehr von der Hand in den Mund lebt, — er darf sich am Sonntag Nachmittags seine Lebensbedürfnisse nicht da einkaufen, wo sie am billigsten sind, sondern er wird durch das Gesetz in die Kneipe gezwungen, aus der man ihn durch ein anderes Gesetz — gegen Trunkenboldenhaftigkeit — vertreiben will. Und der kleine Kaufmann, der sich bisher mühsam durch's Leben geschlagen, und der gern verkaufen möchte an Leute, die gern bei ihm kaufen möchten, muß sein Geschäft schließen, weil es die Gesetzgebung so will, und ohne daß er Entschädigung erhält,

wenn er bankrott wird. Und der Großstädter, der die ganze Woche keine Möglichkeit gehabt, frische gute Luft zu schöpfen, der wird, wenn er Sonntags mit seiner Familie von einem Ausfluge heimkehrt, gezwungen, zum Abendessen in die Kneipe zu gehen, während er früher zu Hause blieb, oder zu hungern, wenn ihm seine Mittel solche Extravaganzen nicht gestatten.

Soviel Worte, soviel Dummheiten. Seit wann ist es den Menschen, die hungrig sind, also nicht den Abonnenten des „Berliner Tageblatts“, möglich, sich in der Zeit von Nachmittags 2 Uhr ab, Geld zu besorgen. Die Leihhäuser sind doch nicht geöffnet, die Lotteriegewinne werden auch nicht ausgezahlt und die Bühne erhalten die Arbeiter bekanntlich nicht Sonntag Nachmittags. Also können sich doch die hungrigen Menschen, für die das freisinnige Kellnerblatt selbst soviel Mitleid empfand, sich die Nahrungsmittel schon Vormittags einkaufen, was jeder halbwegs vernünftige Mensch auch thut. Der Großstädter, der mit seiner Familie einen Ausflug macht, nimmt sich stets seine Stullen und seine Würst mit und freut sich daran, sein bißchen Brot im Freien verzehren zu können. Die Leser des „Berliner Tageblatts“ haben vor dem 1. Juli 1892 schon ihr Abendbrot in der Weinstube oder im Bräu eingenommen und werden nach dem 1. Juli ihre Gewohnheiten nicht ändern. Bleiben also die Leute, die plötzlich Besuch erhalten und keine Vorräte besitzen. Und weil diese Herrschaften einige Unbequemlichkeiten überwinden müssen, darum soll Tausenden und aber Tausenden, die sich für ein erbärmliches Einkommen Tag aus, Tag ein quälen, das bißchen Sonntagsruhe genommen werden? Die Gründe also, die das „Berliner Tageblatt“ anführt, sind hohl und nichtig und zeigen nur, daß das Blatt selbst eine ganze Portion der Eigenschaft, für deren Konfessionierung es in liberaler Weise eine Lanze einlegt, besitzt. Dies Blatt, das in seinem Zeitgeist atheïstische Artikel bringt und sich seiner modernen Feinern rühmt, drückt hochachtungsvoll Artikel ab, die darüber jammern, daß durch die Sonntagsruhe der — Kirchengesuch der ländlichen Arbeiter leidet. Der ehrsame Langknecht des Bürgerthums, Eugen Richter, thut seinen Vessern kund, daß Bismarck niemals die Bestimmungen über die Frauen- und Kinderarbeit und die Sonntagsruhe zu gleicher Zeit eingeführt hätte, um nicht eine so große Unruhe herbeizuführen. Ähnlich spricht das „Konservative Wochenblatt“ und die „Dresdener Nachrichten“. Kurz, alle Parteigegegnisse verschwinden, alle Prinzipien gehen unter, wenn die Profitwuth der Bourgeoisie ein wenig gezügelt werden soll.

Man täusche sich über die Bewegung nicht. Nach diesen Preßstimmen beabsichtigt die freisinnige Partei, einen Antrag auf Aufhebung des § 41a zu stellen und behauptet, die Regierung beabsichtige, selbst dahingehende Anträge zu stellen. Möglich, daß hier der Wunsch der Vater des Gedankens ist, aber die Konsequenz, mit der die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ alle Artikel abdruckt, die gegen die Sonntagsruhe gerichtet sind, ist zum Mindesten verdächtig. Aber darüber sollen sich die Bürgerlichen seiner Täuschung hingeben, daß alle diese offenen und versteckten Pläne seitens der Sozialdemokratie den schärfsten Widerspruch erfahren werden.

Parteinachrichten.

Aus polnisch Oberschlesien.

Mehr und mehr bringt die Kunde vom Evangelium des Sozialismus auch in die Thäler Oberschlesiens, wo das polnische Proletariat unter einem unerhörten Drucke im Dienste des Kapitalismus frohnt. Wo es gelingt, Versammlungen zu veranstalten, in welchen den Polen über das, was wir wollen, Aufschluß in ihrer Muttersprache gegeben werden kann, da ist trotz aller Hezereien aus Erfolg für uns zu hoffen. Und wie könnte das anders sein? Was der Sozialismus will, das sind Forderungen, die in ihrem Kerne bei jedem Unterdrückten, Ausgebeuteten mehr oder minder Sympathie erwecken müssen, die jeder derselben in irgend einer Form selbst hegen wird, denn sie entsprechen den tatsächlichen, elenden Verhältnissen, unter welchen jeder Volkstamm zu leiden hat, über welchen der Kapitalismus seine Herrschaft erstreckt. Sie sind nichts Künstliches, nichts Gemachtes. Die Geistesfreiheit nun, welche für soziale Veränderungen von jeher eine besonders feine Nase hat, wird zweifellos wissen, daß der Sieg der Sozialdemokratie auch in den polnischen Bezirken Deutschlands nur eine Frage der Zeit ist. Sie weiß jedenfalls ganz genau, daß auch der Pole nicht ewig im Dienste des Unternehmertums frohnen, sondern einst sein volles, unverzerrtes Menschentum fordern wird. Warum nun thut gerade sie alles Mögliche, um die Polen vor der Kenntnis des Sozialismus zu bewahren? Weil sie mit dem Volke nicht identisch, sondern vielmehr eine der über das Volk herrschenden Klassen ist, gegen deren politische, wirtschaftliche und soziale Privilegien der Sozialismus sich richtet. Die Geistesfreiheit sieht sich als Genossin der Besitzenden; sie will ihre fetten Pränden erhalten, obwohl das polnische Volk hungert und darbt. Deshalb vertheidigt sie den Begriff des Privateigentums selbst an Grund und Boden, Wald und Wasser (kurz gerade an Dingen, die besonders der Slave von jeher als Eigentum Aller betrachtet hat) mit einem Feuerifer, die zu den Vorschriften des Susters der christlichen Religion im schneidendsten Gegensatz stehen. Sie stützt die Junker, Bourgeois und Bürokranten, damit sie von diesen gestützt wird.

Das bequemste Mittel nun, die Polen dem Sozialismus fern zu halten, ist, wenn man es verhindert, daß die Sozialdemokraten Lokale zu ihren Versammlungen bekommen. Die Wirthe haben vor der Polizei und der Geistlichkeit meist eine solche Furcht, daß sie ihre Lokalitäten den Sozialdemokraten oft noch verweigern, nachdem sie dieselben schon zu Versammlungen zur Verfügung gestellt hatten. Auf die Dauer muß aber das Mittel der Lokal-Abtreibung zu einer ausgezeichneten Agitationsgelegenheit für uns werden. Die Polen sind mit dem Gaiopopia der „Ordnungsblätter“ und der Geistesfreiheit nicht mehr zufrieden; sie wollen hören, wie es in der Welt wirklich zugeht. Wo daher eine sozialdemokratische Versammlung angekündigt wird, da ist der Jubrang wohlbegieriger Polen ein großer. Findet nun eine angekündigte Versammlung nicht statt, so sind die Leute ärgerlich darüber und sie werden in der Regel die Polizei und Geistlichkeit als diejenigen betrachten, die ihnen den Aergern bereiteten haben. Die Lokal-Abtreiberei ist daher ein zweifelhafte Mittel, und die Geistlichkeit, deren politischer Beschland namentlich darin beruht, daß die Wähler glauben, sie sei schließlich noch der einzige Freund des armen Mannes, sie mag nur so fort arbeiten; bei der nächsten Reichstagswahl bereits wird sich zeigen, daß sie für uns gearbeitet hat. Wer von den Polen so und so viele Male zu seinem Aergern erlebt hat, daß eine Versammlung aus dem bezeichneten Grunde nicht stattfinden konnte, der stimmt bei der Wahl ganz gewiß nicht mehr für den Kandidaten der sogenannten Ordnungsparteien.

Zur größeren Veranschaulichung dessen, wie man in Oberschlesien der Sozialdemokratie entgegentritt, widgen hier zwei Beispiele folgen. Am Sonnabend sollte in Königshütte eine polnische Volksversammlung stattfinden. Ein Lokal hatte man bekommen,

Der Wirth trat von seiner Zusage jedoch zurück. Die Zahl der herbeigekommenen Versammlungsbesucher betrug gegen 6000. Dieselben bewegten sich vor dem Versammlungslokal und in den dahin führenden Straßen. Da erschien die Geistlichkeit und forderte die Menge zum Besuche der Kirche auf, die zu diesem Zwecke geöffnet war. Einzelne folgten, das Gros aber willfährte den Geistlichen nicht und man rief: Wir sind der Versammlung wegen, nicht der Kirche halber gekommen; ist Sonntag, dann gehen wir in die Kirche, heute sind wir zur Versammlung da. Am Sonntag darauf wurde nun von den Kanzeln das übliche vollgerüstete Maß von Verwünschungen über die Sozialdemokratie ausgeleert. Am Nachmittag tagte eine Versammlung des unter geistlicher Oberleitung stehenden Oberschlesischen christlichen Arbeitervereins. Man betrieb da die Ausschließung der Arbeiter die im Geruche stehen, unserer Sache auszuführen, so gründlich, daß man sogar Leute ausgeschlossen haben soll, die gar nicht Mitglieder waren. Auch Androhung von Thätlichkeiten ließ man sich gegen unsere Anhänger zu schulden kommen.

Das Verhalten der Königshütter Polizei war anständig. Sie forderte am Sonnabend die Menge in ruhiger Weise zum Auseinandergehen auf und so ist denn auch keinerlei turbulente Szene vorgekommen. Als Charakteristikum für die oberflächliche „Ordnungs“-presse dagegen sei hier ein Bericht der „Königshütter Zeitung“ mitgeteilt. Derselbe schrieb:

Durch in der Nacht vom Freitag zu Sonnabend an den Straßenecken angeheftete Plakate, die in der Druckerei von Sillier, Janiszewski u. Comp. in Berlin gedruckt worden sind, hat der seit Juni er. hieselbst zum Zwecke der Agitation wohnhafte polnische Sozialdemokrat Hr. Andrzejewski aus Berlin hieselbst für Sonnabend Abend 8 Uhr im Schiephaus eine Versammlung ober-schlesischer Arbeiter zusammenberufen, welchen Rufe eine große Anzahl von hiesigen und auswärtigen Arbeitern gefolgt ist. Die Polizei hatte zur Ueberwachung der Versammlung die weitgehendsten Vorkehrungen getroffen. Herr Regierungskommissar Müller aus Beuthen war gleichfalls erschienen, auch war die Gendarmerie zur Stelle. Die hiesige Ortsgemeinde und Herr Expriester Michalski aus Lipine traten den Volksversammlern offen entgegen und begaben sich drei Kapläne zur Versammlung, wo sie unser Volk vor den Wölfen in Schafsheiden warnten und die Leute aufforderten, zur Kirche zu kommen. Der Schiephauswirth hatte, nachdem er erfahren, daß Weißes Kind Herr Andrzejewski ist, die Erlaubnis zur Benutzung des Schiephauslokales zurückgezogen und mußten die Versammelten bald auseinandergehen. Ein Theil von ihnen begab sich zur Kirche, von wo nach einem kurzen Aufenthalt sie sich bald zerstreuten. Am Sonntag hielt Herr Kaplan Grund um 7 Uhr und um 10 Uhr früh Predigten ab, in welchen er das Volk vor den gottlosen und vielversprechenden, aber nichts haltenden Sozialdemokraten warnte und zum Festhalten an Gott und seiner Kirche ermahnte. — Hoffentlich wird sich in Zukunft hierorts kein Wirth mehr finden, der sein Lokal durch Abhaltung von sozialdemokratischen Versammlungen besudeln läßt, unsere guten Arbeiter seien aber hiermit vor dem sozialdemokratischen Gelichter gewarnt.

Das Blatt und die Leute, die es vertritt, sind einander würdig.

Ein ander Bild. Am Montag darauf sollte in Kattowiz eine polnische Volksversammlung stattfinden. Auch dort wurde das Lokal abgetrieben. Auf den Straßen hatten sich circa 4000 Menschen angeammelt. Der Einberufer der Versammlung hoffte, daß man angesichts dieser Massen das Lokal doch noch bewilligen werde. Diese Hoffnung erfüllte sich nicht. Unsere Parteigenossen vertheilten nun gegen 400 Exemplare der „Gazeta Robotnicza“. Im Nu war eine große Anzahl Polizeimannschaft zur Stelle, welche zum Auseinandergehen anforderte und eine Anzahl Derjenigen stürzte, die im Besitz von Zeitungsexemplaren waren. Die Art und Weise, wie hier die Polizei den Volksmassen entgegentrat, wird getadelt. Unter den Verhafteten befand sich auch der oben erwähnte Genosse Andrzejewski. Auf sein Ersuchen, sofort zum Bürgermeister geführt zu werden, ließ man ihn jedoch schon auf der Strafe frei. In den Straßen der Stadt wogten noch bis nach 10 Uhr Volksmassen hin und her. Die Wäden wurden auf Verfehl der Polizei früher als gewöhnlich geschlossen. Entlassungen, die bald darauf auf der Bismarckhütte vorgenommen wurden, werden mit der Kattowitzer Versammlung in Verbindung gebracht.

Aus diesen Schilderungen ergibt sich, daß die Idee des Sozialismus auch im polnischen Theile Oberschlesiens guten Boden findet, und die zähe Natur der polnischen Parteigenossen ist eine Gewähr dafür, daß die Agitation für unsere Sache fortschreitend die Zahl der polnischen Sozialdemokraten steigern wird. Die Bedrängnisse, die man unseren Parteigenossen bereitet, können daran nichts ändern. Gerade die Verfolgung des Sozialismus weckt den Enthusiasmus der Massen für denselben.

Todtenliste der Partei. In Schneederg (Sachsen) ist der Stricker Alfred Billich im Alter von erst 30 Jahren an der Schwinnsucht verstorben. Derselbe war stets, auch während des Ausnahmezustandes, auf dem Posten, wenn es galt, für unsere Sache einzutreten.

Lokales.

Der diesjährige Parteitag findet bekanntlich in Berlin statt, und zwar in den Tagen vom 16. Oktober ab. Sonntag, den 16. Oktober, Abends 7 Uhr, treten die Delegirten zur konstituierenden Versammlung zusammen. Als Tagesordnung des Parteitags sind folgende Punkte aufzuführen: Geschäftsbericht des Parteivorstandes; Bericht der Kontrollen; Bericht über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstags-Fraktion; die Waisfeier 1893; der internationale Kongress in Zürich; das Genossenschaftswesen; die wirtschaftliche Krise und ihre Folge, der allgemeine Nothstand; der Antisemitismus und die Sozialdemokratie; Verathung derjenigen Anträge der Parteigenossen, welche bei den vorausgehenden Punkten der Tagesordnung nicht bereits ihre Erledigung gefunden haben; Wahl der Parteileitung und Bestimmung des Ortes, wo sie ihren Sitz zu nehmen hat.

Zur Volksernährung. Die Ausbeutung des Beschlofen wird in den verschiedensten Formen betrieben. Er bekommt nicht bloß für seine Arbeit wenig Geld, sondern für das wenige Geld, wenn er sich davon die zum Leben nöthigen Dinge beschaffen will, auch noch ausgesucht schlechte Waare. Wo immer der Beschlofe als Konsument auftritt, muß er mit dem Schlechtesten, Werthlosten vorlieb nehmen, und die Worte Ausschuss, Abfall und Surrogat bezeichnen das Gebiet, über das er sich beim Kaufen nur selten hinauswagen darf. Am empfindlichsten macht sich das bei den Lebensmitteln bemerkbar; denn der Magen giebt nichts auf den äußeren Schein und läßt sich auf die Dauer nicht betragen. Wo die Tausende von Pferden bleiben, die in Berlin alljährlich geschlachtet werden, wo die Speisereste und Abfälle aus den großen Hotels und vornehmen Restaurants hinkommen, ist längst bekannt, und wer etwa immer noch nicht gewußt haben sollte, daß sie in die billigen Speisefhäuser wandern, der konnte sich in diesen Tagen durch eine Gerichtsverhandlung gegen eine

